

„Statt Sterbehilfe den Lebensschutz fördern“

Gemeinsame Erklärung von drei Religionen gegen Euthanasie

Eine Erklärung gegen Euthanasie von Vertretern drei verschiedener Religionen hat der Vatikan als historisch bezeichnet. Es sei das erste Mal, dass Muslime, Juden und Christen gemeinsam ein solches Dokument unterzeichneten, sagte Erzbischof Vincenzo Paglia, Leiter der Päpstlichen Akademie für das Leben, in Rom. Bedeutend sei das im Vatikan unterzeichnete Dokument besonders angesichts von „äußeren Störungen“, etwa aus der Politik, welche eine gemeinsame Sichtweise der verschiedenen Religionen zum Umgang mit sterbenskranken Menschen verhindern wollte, so Paglia bei einer Pressekonferenz am Nachmittag.

„Historisch ist nicht der Inhalt, der war für uns klar. Dass wir es gemeinsam gesagt haben und gemeinsam weiter daran arbeiten wollen, auch mit anderen Religionen, das ist meiner Meinung nach das Neue an der Erklärung“, so Paglia. Er betonte zudem, dass Scheich Abdullah Bin Bayah aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, einer der maßgeblichen islamischen Unterzeichner, extra in den Vatikan gereist war. Der Scheich gilt als einer der am meisten respektierten Gelehrten des sunnitischen Islam. Vergangene Woche haben neben ihm Vertreter des Vatik-

ans, des Oberrabbinats von Israel und einer muslimischen Organisation aus Indonesien eine gemeinsame Erklärung zum Umgang mit sterbenskranken Patienten unterzeichnet. Diese spricht sich gegen Euthanasie und assistierten Suizid aus. Das achtseitige Positionspapier wirbt dafür, Palliativmedizin zu stärken, sowie für die Gewissensfreiheit von Ärzten und Pflegeern.

Verbot von Sterbehilfe

„Euthanasie und assistierter Suizid sind von Natur aus und in der Konsequenz aus moralischer wie religiöser Sicht falsch und sollten ausnahmslos verboten werden. Jeglicher Druck auf Todkranke, ihr Leben durch aktives und vorsätzliches Handeln zu beenden, wird kategorisch abgelehnt“, heißt es etwa in dem Dokument. Islamische Werte und Lehren stimmten überein, dass Euthanasie vermieden werden müsse und gemäß der Scharia Lebensschutz bis zum Ende das Ziel sei, sagte Kyai Marsudi Syuhud als Sprecher der indonesischen Nahdlatul Ulama, die 50 Millionen Muslime im Land vertreten.

Initiator der Erklärung war der Co-Präsident des Nationalen israelischen Bioethikrats, Rabbiner Avraham Steinberg. Er sagte, es gebe in vielen westlichen Ländern einen „Trend zur Legalisierung von Euthanasie“, die diese als „guten Tod“ bezeichneten. „Aber es ist Tötung.“ Andere Länder gingen nicht so weit, erlaubten jedoch assistierten Suizid. „Wir wollen nicht, dass Menschen getötet werden, um vermeintlich ihr Leid zu lindern, sondern ihr Leid im Leben lindern“, so Steinberg. Er forderte gute Palliativmedizin. Von jüdischer Seite wurde die gemeinsame Verlautbarung von einem Vertreter des Oberrabbinats Israels und von muslimischer Seite von einem Vertreter der Ulema Indonesiens ratifiziert. Auch weitere Vertreter der drei Religionen unterzeichneten das Dokument. Für die katholische Kirche waren die Kurienkardinäle Kurt Koch (Ökumene), Miguel Ayuso (interreligiöser Dialog) und Peter Turkson (Entwicklung und Gesundheit) sowie Erzbischof Paglia anwesend. Auch ein Vertreter des russisch-orthodoxen Metropoliten Hilarion nahm an der Zeremonie teil. Die interreligiöse Erklärung entstand laut Paglia in anderthalbjähriger Arbeit einer interreligiösen Gruppe unter Leitung der Päpstlichen Akademie für das Leben. KNA

Kardinal Marx bekräftigt Solidarität mit Juden

Der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, hat die gemeinsame Sorge von Christen und Juden angesichts des neuen Antisemitismus bekräftigt. „Christen und Juden werden sich niemals wieder voneinander trennen“, betonte der Erzbischof von München und Freising am Sonntagabend in der Katholischen Akademie in Berlin. Zugleich zeigte er sich „immer wieder überrascht über das Unwissen in den eigenen Reihen“. Deshalb müssten sich die Christen immer wieder neu befragen im Hinblick auf die „religiöse Komponente“ des Antisemitismus, den jahrhundertelangen Antijudaismus in der Kirche. In der Ausbildung etwa von Priestern und Religionslehrern müssten diese Themen angemessen behandelt werden.

Marx äußerte sich bei einer ersten gemeinsamen öffentlichen Podiumsdiskussion der Deutschen Bischofskonferenz und der Orthodoxen Rabbinerkonferenz. Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, sagte, der Anschlag auf die Synagoge von Halle habe in der jüdischen Gemeinschaft zu Unsicherheit geführt. Zugleich wer-

tete er es als hoffnungsvolles Zeichen, dass er noch nie so viele Solidaritätsbekundungen erhalten habe wie in den vergangenen Wochen.

Nach Auffassung des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Armin Laschet (CDU) war der Antisemitismus in Deutschland nach 1945 „nie verschwunden“ und habe sich in dieser Zeit nur unterschiedlich artikuliert. Deshalb müsse auch der Kampf gegen den Antisemitismus „in jeder neuen Generation bei Null beginnen“. Heute müssten etwa die Kinder mit „Zuwanderungsgeschichte“, die einen großen Teil der jungen Generation bildeten, anders angesprochen werden als früher die Nachkommen der deutschen Nationalsozialisten, so der Ministerpräsident unter Hinweis auf eine Gruppe junger Muslime, die er auf einer Reise nach Auschwitz begleitet habe.

Die Antisemitismusbeauftragte der Europäischen Kommission, Katharina von Schnurbein, sprach mit Blick auf den Anschlag von Halle von einer „perfiden Strategie“ des Täters. Künftig werde immer am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur an dieses Attentat erinnert werden. KNA

Bewerber für das Generalsekretärsamt beim Ökumenischen Rat der Kirchen

Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) hat zwei Nachfolgekandidaten für den im April 2020 aus dem Amt scheidenden Generalsekretär Olav Fykse Tveit benannt. Das teilte der ÖRK am Samstag mit. Die beiden Kandidaten sind die derzeit an der Spitze von „Churches Together in England“ stehende und der syro-malankarischen Kirche angehörige Elizabeth Joy sowie Pfarrer Jerry Pillay, Kirchenhistoriker an der Universität von Pretoria und Mitglied der presbyterianischen Kirche in Südafrika.

Die Personalentscheidung wird vom 18. bis 24. März während des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen getroffen. Die Stelle des Generalsekretärs ist ab dem 1. April vakant. Der derzeitige Amtsinhaber, der norwegisch-lutherische Theologe und Pastor Olav Fykse Tveit, hatte angekündigt, er werde nach zwei fünfjährigen Amtsperioden nicht mehr kandidieren. KNA